

WAS ZU TUN IST:

7. 11. 69



12

Man muß die versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, indem man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt (Marx)

Die Drittelparität könnte die Erfindung unserer Gegner sein: die aktiven Studenten sollen in den Gremien herumhocken und endlos über Geschäftsordnungsbestimmungen diskutieren - die sie dann am Ende noch selber für wichtig halten - , gleichzeitig jedoch läuft das alte Ordinariengeschäft mit den Prüfungen, der Unterdrückung Abhängiger (besonders die Assistenten können ein Lied davon singen) und mit der Auftragsforschung weiter wie bisher.

D.h. Bisher und sicher auch nach dem Anlaufen der Weiteren Fakultäten wird es in diesen Gremien aufgrund ihrer Kompetenzen und aufgrund des Umfalleins der Assistenten in die Richtung der Ordinarien - denn die Pressionsmöglichkeiten der Lehrstuhlinhaber sind groß - nicht möglich sein, wesentliche Initiativen gegen die noch bestehende Ordinariatswirtschaft zu entfalten. Wir werden also im Prinzip, wenn die Drittelparität uns was nutzen soll, unsere alte Taktik beibehalten: nämlich außerhalb der Gremien die schlechten Verhältnisse praktisch anzugreifen und zu ändern und diese Änderung dann (jetzt schneller als bisher) in den Gremien sanktionieren zu lassen. Allerdings gibt es noch eine Reihe von längst überfälligen praktischen Änderungen, und es sind Vorarbeiten für langfristige Konzeptionen, besonders in der Ausbildung zu leisten, die sofort in den Fakultäten in Angriff genommen werden können.

Wir müssen daher mit der Etablierung der Weiteren Fakultäten unsere Zwischenziele genauer definieren, unsere Ansprüche können sonst nämlich keinen Niederschlag finden in dem formalen Rahmen der Fakultätssatzungen. Zunächst einmal müssen die größten Versäumnisse der Ordinariatsuniversität aufgearbeitet werden: Wir stellen uns vor, daß zum einen alle Fakultäten klare Vorstellungen entwickeln über die Ziele ihrer Ausbildung. Dies bedeutet, daß mit allen Illusionen und romantischen Vorstellungen über Tätigkeit und Status des "Akademikers" aufgeräumt wird. Die Fakultäten werden auf unsere Initiative hin Berufsbilder erstellen vom Ingenieur aller Sparten. Sie werden dazu empirische Erhebungen

unter den TH-Absolventen anstellen müssen. Damit jedoch nicht das kritische Dasein der technischen Intelligenz heute im Produktionsprozeß und Verwaltung zum Leitbild unserer Ausbildung erhoben wird, werden wir unsere Vorstellungen über sinnvolle Berufspraxis verbindlich einbringen in die Erarbeitung der Berufsbilder. Und sinnvolle Berufspraxis muß heißen, sich weigern zu können, wenn Wissenschaft mißbraucht wird zur Befriedigung von Profitinteressen. Wenn Technik nicht zur Befreiung und Erleichterung menschlichen Lebens eingesetzt wird, sondern das Gegenteil bewirkt. Wir müssen bereit sein, "das Produkt Ingenieur am Markt vorbei herzustellen" um so Einfluß auf den Markt zu nehmen: daß ist unser ureigenster Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft.

Zum anderen muß die mangelnde Koordinierung des Vorlesungs- und Übungsbetriebes der Hochschule beseitigt werden. Dabei darf man sich jedoch nicht darauf beschränken, nur die Störfaktoren im jetzigen Betrieb auszuschalten. Wir werden grundsätzlich neue Formen der Wissensvermittlung durchsetzen müssen. Das Gruppenstudium - daß noch nicht einmal überall praktiziert wird - ist nur ein bescheidener Anfang. In erheblichem Umfang muß die Einführung vielfältiger technischer Hilfsmittel vorangetrieben werden. Zudem können wir nicht darauf verzichten, größten Wert auf die pädagogische Befähigung unserer Lehrer zu legen. Die Einführung von Pflichtkursen für Ordinarien, wie Entscheidung bei Berufungen sind nur ein Ansatz; die Veränderung der Personalstruktur an der Hochschule wird zentral unter diesem Gesichtspunkt stehen.

Zum dritten werden wir dafür sorgen, daß endlich die Auswahl der Lehrinhalte, die Terminierung einzelner Veranstaltungen und die schon erwähnte Form der Wissensvermittlung nach didaktischen Gesichtspunkten erfolgt. Hier ist der Ansatzpunkt, den bisherigen Fakultätspartikularismus aufzuheben, ein Vorhaben, das im Bereich der Forschung ebenso dringend geboten

ist. Es braucht wohl nur am Rande erwähnt zu werden, daß bei diesen Bestrebungen zur didaktischen Gestaltung des Studiums die bisherigen Prüfungen keinen Bestand haben können. Sie müssen ihres Disziplinierungs- und Steuerungscharakters entkleidet werden, sie werden in Zukunft nur in Form freiwilliger und anonymer Selbstkontrollen erfolgen dürfen, sie sollen häufiger als bisher angeboten werden, um auch dem Lehrenden die Rückmeldung über den Lehrerfolg zu geben. Die Diplomanden werden leichten Herzens auf ein Abgangszeugnis mit Noten verzichten können, binnen Jahresfrist kräht auch an ihrem späteren Arbeitsplatz kein Hahn mehr danach.

Damit wir aber nicht zu bloßen Staubwischern in der Ordinariatsuniversität werden, liegt der Schwerpunkt unserer Aktivitäten notwendigerweise im Bereich der Forschung und damit der Institute. Hier gilt es, die undurchsichtigen Zusammenhänge zwischen Hochschulforschung und ihren Abnehmern und Geldgebern nicht nur aufzuheben, sondern unter demokratischer Kontrolle der betroffenen Assistenten, Studenten, des Personals und der Hochschullehrer zu stellen. Wir werden nicht länger dulden dürfen, daß Ordinarien das Recht auf Forschungsfreiheit als ihr Privateigentum betrachten, daß sie unbefragt an jeweils zahlungsfähige Interessenten verkaufen.

Die Arbeit in den Gremien muß jetzt in Angriff auf die letzten Bastionen feudalistischer Ordinariatswirtschaft vorbereiten, und starke Abwehrpositionen gegen die technokratische Hochschulreform aufbauen, indem sie durch Entlastung der Studenten vom unerhört starken Leistungsdruck die Beschäftigung und das Engagement in eigener Sache ermöglicht. Es gilt, die bewußt von den Herrschenden erzeugte Unmündigkeit abzuschütteln und einzugreifen in den Kampf für eine demokratische Hochschule, die ihre Wissenschaft versteht als kritische Rationalität im Dienst des Menschen.

Die Gelegenheit dazu war für uns noch nie so günstig - die Gefahren der Integrationen allerdings noch nie so groß!

letzte meldungen:



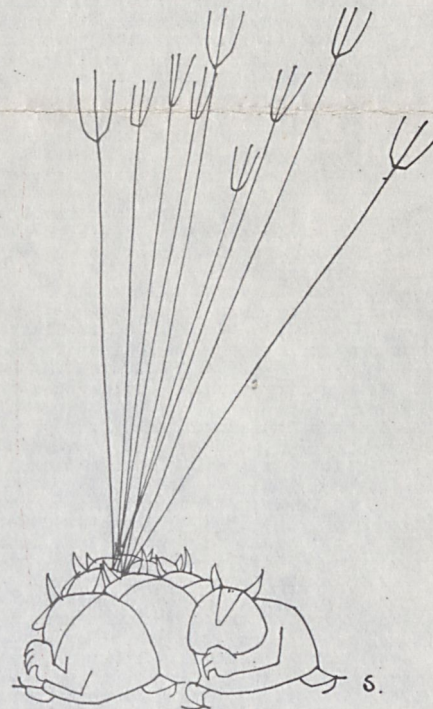
6 weitere deppen

lfd.Nr.

62.	Prof. H. Wiegand	MB
63.	Prof. E. Martensen	M/Ph
64.	Prof. H.W. Müller	MB
65.	Prof. R. Franke	MB
66.	Prof. H. Fischer	M/Ph
67.	Prof. J. Osterwalder	MB

"Diese Herren treten hiermit als Antragsteller dem Normenkontrollantrag ausdrücklich bei."

gez. Dr. Neuschäffer
Rechtsanwalt"



Termine

Am Montag, 10.11., 17 Uhr SENATSSITZUNG
(Senatssaal, Hauptgebäude Saal 100)

Tagesordnung

1. Änderung der Diplomprüfungsordnung
2. Einrichtung eines Planungsstabes aus Mitteln der HIS GmbH
3. Wahl von Mitgliedern der Planungskommission
4. Informatik
5. Besetzung von H-2-Stellen
6. Verschiedenes
Insbesondere: Aufnahmestopp in Biologie.
7. Personalie

Besonders wichtig ist der TOP 4, denn die Pilot-Clique will uns wieder mit plumper Perfidie verschaukeln. Kommt massenhaft!!!

Am Dienstag, 11.11., findet um 14 Uhr eine StA-SITZUNG statt, in der die neue Lage diskutiert werden soll.

Treffpunkt: 14 Uhr, StA

Am Mittwoch, 12.11., Parlamentssitzung ab 19.30 Uhr im Mensacafé.

Auflösende Vollversammlung - Vorlesprechung
Mittwoch, 12.11., 19 Uhr Konferenzraum d. Studentenkellers

nun doch HUG

Am 6.11. Vormittags folgten die Mitglieder des StA-Vorstandes Reigrotzki und Wandel einer Einladung des Direktors zum Besprechung einer "neuen hochschulpolitischen Lage." Die Direktionsmitglieder teilten folgendes mit:

Bisher galt der Entwurf für ein hessisches Universitätsgesetz (HUG) - gegen das die Studentenschaft im SS streikte - als vom Tisch wie der ehemalige Kultusminister Schütte versichert hatte. Das neue Kabinett mit Prof. von Friedeburg als Kultusminister hat nun neue Initiativen zusammen mit der SPD-Fraktion in dieser Richtung entfaltet. Bereits vor 14 Tagen teilte von Friedeburg dem Direktorium mit, daß das HUG nach wie vor aktuell sei. Er konkretisierte diese Aktualität am Mittwoch, dem 5.11. abends im Rektorat sowohl terminlich als auch inhaltlich folgendermaßen: Auf Grundlage des alten HUG wird in der zweiten Lesung demnächst ein überarbeiteter Entwurf mit einigen Akzentverschiebungen in Richtung auf den Urentwurf der Frankfurter Professoren Denninger, von Friedeburg u.a. (siehe Jürgen Habermas "Protestbewegung und Hochschulreform", Edition Suhrkamp) vorliegen. Darin soll der Senat entmachtet werden, dadurch daß vom Konzil (= Großer Senat) besetzte ständige Kommissionen (Lehr- und Studienangelegenheiten, Forschung und wissenschaft-

licher Nachwuchs, Haushalt u. a.) Beschlusskompetenz erhalten und das Kuratorium soll zwar in der Zusammensetzung nicht geändert werden, jedoch durch Beschneidung seiner Kompetenzen etwas entmachtet werden. Es sollen wie im HUG vorgesehen Fachbereiche eingerichtet werden, deren Koordinierungsstelle im wesentlichen der Senat ist, etwa als ständige Dekankonferenz mit einigen Assistenten- und Studentenvertretern. Die Studentenschaft soll in ihrer bisherigen Form beibehalten werden und das Ordnungsrecht gestrichen oder zumindest etwas abgeschwächt werden.

Was die Frage des Beteiligungsverhältnisses in den Hochschulgremien angeht, so steht fest, daß im Konzil Drittelparität vorgesehen ist, in den Fachbereichen und im Senat eine Beteiligung von Studenten und Assistenten nach dem Schlüssel 5:3:2 eingeführt werden soll. Das Direktorium hat Herrn von Friedeburg darauf aufmerksam gemacht, daß solche Regelungen von der Technischen Hochschule Darmstadt im aktuellen Stand der Satzungsreform bereits überholt seien und daß dies Gesetz wohl auf den harten Widerstand besonders der Studenten und Assistenten treffen würde. Die Hochschule lege großen Wert darauf, ihre auf ein Jahr befristete Satzungsänderung zu praktizieren. Herr von Friedeburg konnte sich zwar diesem Wunsch nicht ganz verschließen, mußte jedoch zugeben, daß es schwierig sein

würde, der Landtagsfraktion der SPD eine Ausnahmeregelung für die Technische Hochschule Darmstadt im Universitätsgesetz abzuhandeln. Es sei überhaupt nur eine generelle Ausnahmeregelung möglich, die einen genau präzisierten Katalog von Abweichungsmöglichkeiten vom Gesetz bei speziell festgelegten Beschlußmodalitäten in der Hochschule (etwa besonders qualifizierte Mehrheiten) vorsehe.

Der Zeitplan für die Verabschiedung dieses technokratischen Gesetzesvorhabens sieht als spätesten Termin für die dritte Lesung den März 1970 vor. Danach soll das Gesetz unmittelbar in Kraft treten.

Es wird also noch einen heißen Winter geben, denn wir haben den ganzen Reformkram nicht gemacht, um beliebig zu stoppende Experimente vorzuführen, sondern um unsere Angelegenheiten in die eigenen Hände zu nehmen.

Allgemeiner Studentenausschuss
STUDENTENSCHAFT DER TH DARMSTADT
- Körperschaft des öffentlichen Rechts -

Noch einmal: Studentenchaftsbeiträge

Der Ältestenrat als oberstes Kontrollorgan der Studentenschaft hat die Studenten bereits über den Erlaß des Hess. Kultusministers bezüglich der Frage der Studentenschaftsbeiträge vom 8.10.69 informiert. Er hat darauf hingewiesen, daß er solche administrativen Maßnahmen für ungeeignet hält, die die kleine Gruppe von Studenten, die in der Vergangenheit ihre Kritik an der Studentenvertretung sprachlos durch Beitragsverweigerung zum Ausdruck brachte, vom Sinn studentischer Interessenvertretung zu überzeugen und hat stattdessen noch einmal die Mechanismen der politischen Entscheidungen in der Studentenschaft und die Verwendungszwecke der Beiträge der Studenten gemäß dem in öffentlicher Beratung des Studentenparlaments beschlossenen Haushaltsplan angegeben. (Vgl. Mensa-Flugblatt und Aushänge an AstA-Brettern "Betr.: AstA-Beitrag").

Um die heutige Form der studentischen Politik und die Angriffe der Staatsmacht und andere Interessen gegen die Organisation der Studenten zu verstehen, ist es notwendig, auf die Ursachen und die Entwicklung der "Studentenrevolte" in der BRD einzugehen.

Gegen Ende der Wiederaufbauphase der westdeutschen kapitalistischen Wirtschaft, die unter weitgehender Vernachlässigung von Planung und vor allem von Infrastrukturinvestitionen (Verkehrswesen, Gesundheitswesen, Bildungswesen) im wesentlichen nach den Kapitalverwertungskriterien der Industrie ausgerichtet war, zeigten sich die Auswirkungen dieser Fehlentwicklungen im Modernitätsrückstand ("Technologische Lücke") der Produktion und in ersten sichtbaren Rezessionserscheinungen der westdeutschen Wirtschaft. In dieser Periode kamen die Begriffe wie "Bildungsnotstand" und "Mobilisierung der Begabungsreserven" auf, wobei allerdings die staatlichen und industriellen "Bildungsexperten" nicht so sehr die Bildungschancen für alle oder gar Emanzipation durch wissenschaftlich fundierte Einsicht in Natur- oder Gesellschaftsgeschehen fördern wollten (dazu s.: S. Leibfried "Die angepasste Universität", ed.suhrk. 265), sondern vielmehr im Sinne hatten - und haben -, für sehr spezielle Aufgaben in der ständig zu modernisierenden Produktion und Verwaltung kurzfristig auszubildende dispositive Funktionsträger "herzustellen". - Die andere längerfristig effektivere Möglichkeit, durch Vermittlung wissenschaftlicher Methodik (für die, die es wollen) Menschen zu schaffen, die zu lernen und zu erkennen gelernt haben, kam nicht in Frage, denn sie erforderte größere Ausgaben und würde vielleicht am Ende auch wissenschaftliche Erkenntnis über die herrschenden Verhältnisse und damit die Möglichkeit ihrer Veränderung produzieren. - Diese hier nur kurz beschriebene Tendenz wirkte sich in den Universitäten durch Verschärfung von Prüfungsbestimmungen, Studienzeitbegrenzungen und stärkere Orientierung der Ausbildungsgänge an Industrieinteressen aus, bei gleichbleibender Ordinarienherrschaft. Weiterhin wurde der numerus clausus verschärft bei gleichzeitig erstellten Plänen für Kurzstudium und Zwangsexmatrikulationen, wodurch die überzähligen Studenten an "Fachhochschulen" überwiesen werden sollte, wo das oben angedeutete Ausbildungsziel ohne große Investitionen im Universitätswesen erreicht werden sollte. Diese Bedingungen an den Universitäten (und einige außeruniversitäre politische Bedingungen) führten einerseits dazu, daß die Studenten begannen, den Anspruch freien Studiums und ihre damit privilegierte Position gegenüber anderen Gesellschaftsgruppen über ihre Organisationen (ASTen, vds) zu verteidigen. Andererseits führt aber die Änderung der Studienverhältnisse bei vielen Studenten - zuerst in den geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen - zu der Erkenntnis, daß das Humboldt'sche Ideal von der Einheit von Forschung und Lehre und von einer freien Wissenschaft schon längst in den Verhältnissen der privat-kapitalistischen Produktion zu schanden geworden war und nur noch als

hohle Phrase in Sonntags- und akademischen Reden auftauchte. Es wurde also der einzig sinnvolle Zweck von Wissenschaft, nämlich gesellschaftliche und individuelle Emanzipation voranzutreiben, pervertiert in den privaten Verfügungen weniger über die Richtung und die Anwendung wissenschaftlichen Fortschritts nach Kriterien des privat angelegten Profits, eine Pervertierung, die ihren Gipfelpunkt in der modernen Kriegsforschung und -produktion erreichte. Diese Einsicht vieler Studentengruppen und die ansich reaktionäre Privilegienverteilung durch den größeren Teil der Studenten konvergierten dann im Laufe der Entwicklung an den Universitäten in der Forderung nach Demokratisierung der Entscheidungen und im allgemeinen Kampf gegen die technokratische Hochschulreform. Das Ziel dieser Kampagne ist es, die Fremdbestimmung der Universitäten einzuschränken und die Kontrolle über die Einflußkanäle zwischen Staat/Industrie und Hochschule in öffentlicher Diskussion und demokratischer Entscheidung in der Hochschule selbst zu verankern. Diese progressiven Forderungen nahmen der ständigen Interessenvertretung der Studenten die reaktionäre Spitze, zumal die politischen Aktionen der Studenten zur Durchsetzung dieser Forderungen nach Anspruch und in ge-

Abgesehen von dem völlig unpolitischen, formaljuristischen Ministererlaß:

BEITRAGSVERWEIGERUNG IST SPRACHLOSER PROTEST - NEHMT MASSENHAFT EINFLUSS AUF DIE RICHTUNG DER POLITIK OBER FS-VOLLVERSAMMLUNGEN UND STUDENTENPARLAMENT!

Verweigert nicht die zur Fortsetzung der Fachschafts- und AstA-Arbeit erforderlichen Studentenschaftsbeiträge, sondern die Umarmung mit den Faschisten und Technokraten!

ERHALTET EURE ORGANISATION - ZAHLT DIE BEITRÄGE

wissem Maße in ihren Auswirkungen die engen Grenzen der Universität überwinden aus der Erkenntnis heraus, daß es Illusion sei, eine kleine demokratische Insel in einer sonst nicht demokratisch organisierten Gesellschaft schaffen zu wollen. Im Rahmen dieser politischen Entwicklung hat auch die Darmstädter Studentenschaft gelernt, ihren Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen und um die Demokratisierung der Hochschule als politischen Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse in der Gesellschaft zu führen, in dem sie ihre Forderungen nicht allein in der eigenen Interessenlage begründete, sondern fundamentaler ihre Kritik an der kapitalistischen Verwertung der Wissenschaft vorbrachte und in praktische und sehr erfolgreiche Aktionen umsetzte (z.B. Senats-go-ins, HUG-Streik). Die von den Darmstädter Studenten erreichten Erfolge sollen daher auch nicht die Funktion haben, Studenten (Akademikern) Privilegien zu erhalten, sondern sie sollen die Möglichkeit schaffen über die Organisation des Wissenschaftsbetriebs und die dann geführten Auseinandersetzungen den Studenten ein politisches Bewußtsein von dem Zweck der Wissenschaft und von der Notwendigkeit für demokratische Verhältnisse auch außerhalb der Universität einzutreten ebenso wie praktisch/politische Erfahrungen zu vermitteln. In diesem Aufklärungs- und Politisierungsprozeß, sowie vor allem im praktischen Kampf haben die verfaßten und selbständigen Studentenschaften als relativ starke Organisationen eine entscheidende Rolle gespielt. Sie gestatteten es nämlich, große materielle und organisatorische Möglichkeiten zentral zusammengefaßt der Studentenpolitik an die Hand zu geben, von denen eine entscheidende Gefährdung für die staatliche und industrielle "Verwirtschaftung" der Universität ausging. In diesem Zusammenhang taucht nun bei den Kultusbürokrati-

ten die Frage nach einer wirksamen Schwächung der studentischen Opposition auf, die am einfachsten durch eine Zerschlagung der Organisation der opponierenden Studenten gelöst werden kann. Über das Vehikel juristisch verbrämter Kampagnen z.B. gegen das "politische Mandat", versuchte man zuerst auf dem Gerichtsweg, die politischen Handlungsmöglichkeiten der Studentenschaften einzuschränken. Daß hat sich als nicht sehr wirksam erwiesen, denn selbst die gegen die Studentenschaften (vorläufig) ergangenen Beschlüsse treffen keine eindeutigen Entscheidungen über die politischen Sachverhalte. - So heißt es im Beschluß des Verwaltungsgerichts Sigmaringen Az.: III.214/68 "... Daß der AstA oder die neue Vertretung der Studentenschaft sich rechtswidrig politisch betätigt, würde das Gericht voraussichtlich nicht zu der hier getroffenen Anordnung veranlaßt haben. Im - zulässigen - Zwangsverband ist Beitragsverweigerung kein legitimer Ausdruck der Kritik." Das Gericht wirft also die den Gesetzgeber betreffende Frage nach der Zulässigkeit des Zwangsverbandes prinzipiell auf und nicht nach dem Verhalten der Organe des Zwangsverbandes, wie einige Manipulatoren suggerieren möchten. - Allerdings wurde nun als wesentlich wirksamere Maßnahme gegen die poli-

tische Studentenopposition und ihre Demokratisierungsbestrebungen in einigen neuen Hochschulgesetzen (Berlin, Bayern, Baden-Württemberg) die Organisation "Studentenschaft" konsequent abgeschafft. Es bestehen allerdings im Moment in den einzelnen Bundesländern verschiedene Auffassungen in dieser Frage, denn der Widerstand gegen solche Maßnahmen ist von verschiedenen Seiten her nicht unbeträchtlich.

Schützenhilfe bekommen nun die staatlichen Liquidierungsversuche gegen die Studentenschaften von den Studentengruppen, die selbst die Organisation aller Studenten durch Beitragsverweigerungen angreifen. Dieses Kompliment der zur Beitragsverweigerung aufrufenden neofaschistischen Gruppen ist also gerichtet gegen Organisationen, die für den Schutz demokratisch legitimer Interessen ihrer Mitglieder eintreten, ohne allerdings den Fortschritt der übrigen Gesellschaft als notwendige Bedingung für wirksamen Fortschritt im eigenen Bereich aus den Augen zu verlieren. Der faschistische Charakter solcher Politik läßt sich leicht am Beispiel der unter faschistischen Diktaturen lebenden Länder zeigen: sowohl unter der Nazi-Herrschaft, wie auch in Spanien, Griechenland oder Portugal war es jeweils nach der Machtübernahme durch die Faschisten eine der ersten und wichtigsten Maßnahmen, Organisationen zu liquidieren, die als Momente progressiver Bewegungen gelten konnten, also vor allem Gewerkschaften und auch Studentenorganisationen. Konsequenterweise bekämpften also Thaddäus "Jungakademiker" und die, die ihre Kritik an der Studentenschaftspolitik sprachlos durch Beitragsverweigerung äußern, die Studentenschaft als Organisation, in der sich Interessenvertretung nicht Privilegienbewahrung verstand, sondern die in ihrer Politik zu der Einsicht kam, daß die Veränderung in der Universität letztendlich nicht zum Ziele demokratischer Verhältnisse führen, wenn sie nicht auch im Hinblick auf die übrige Gesellschaft betrieben werden.

Zu These 3

"Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß die durch diese Bestimmung betroffenen Hochschullehrer nicht gewillt sind, sich diese sachlich völlig unmöglichen Zurücksetzungen gefallen zu lassen und die Dinge einfach treiben zu lassen, um sich dann den Vorwurf machen zu müssen, selbst bei der Durchführung dieser Dinge die mit dem Recht nicht mehr vereinbar sind, beteiligt gewesen zu sein (aus dem Normenkontrollantrag der 61 vom 14. Sept. 69, Seite 13).

Zu These 2

"... Auch jetzt zeigt sich bereits, daß bei solch überstürzten und völlig unüberlegten Reformversuchen nur die Hochschule leidet und daß Lehrer, an die ein Ruf an die Technische Hochschule Darmstadt ergab, es ablehnen, diesem Ruf Folge zu leisten, wenn die Dinge dort in dieser Weise gehandhabt werden." (aus dem Normenkontrollantrag der 61 vom 18. Sept. 69, Seite 11).

Mi. 12.11. ET-HORSAAL, 19.29

TEACH-IN ZUM INTERNATIONALEN ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFTAG, AM 15.11.69

KULTURIMPERIALISMUS - 14K
IMPERIALISMUS - MERCK
SENGHOR-PROZESS / FFM - SENEVAL
KRIEGSFORSCHUNG - THD

THESEN
ZUR
DISKUSION

1. Die Arbeit in den Gremien hat nur Sinn, wenn sie voran getrieben wird von außerinstitutionellen Aktivitäten radikaler Minderheiten.
2. Die Mehrzahl der Professoren setzt alles daran, die Funktionsfähigkeit drittelparitätischer Fakultätsgremien zu verhindern.
3. Die Studenten müssen bereit sein, zusammen mit den Assistenten und dem Personal die Veränderung ihrer Situation ohne und gegen die Hochschullehrer voranzutreiben.
4. Das Funktionieren der neuen Gremien ist nicht die Hauptsache; die Studenten dürfen deshalb ihre elementaren Interessen nicht faulen Kompromissen mit anderen Gruppen opfern. Sie müssen bereit sein, das Scheitern des "Darmstädter Modells" in Kauf zu nehmen, wenn es sich als ungeeignetes Instrument zur Durchsetzung unserer Forderungen erweist.

5. Assistenten und Personal sind zwar unsere natürlichen Verbündeten, wir müssen deren Vorgehen jedoch häufig als gegen uns gerichtet erkennen, da ihre Interessenlage aufgrund ihrer direkten Abhängigkeit widersprüchlich ist.
6. Die Arbeit in den Gremien birgt die Gefahr, daß sich dort Funktionäre mit für uns bedeutungslosen Problemen beschäftigen und unsere Forderungen vernachlässigen. Diese Verselbständigung kann nur wirkungsvoll verhindert werden, wenn unsere Vertreter in ständigem Kontakt mit der Masse ihrer Kommilitonen stehen: dazu brauchen wir Basisgruppen.
7. Nur ein klares Ziel und sozialistisches Bewußtsein verhindert, daß wir zu Erfüllungsgehilfen technokratischer Hochschulreformen werden. Es führt deshalb kein Weg an der Aufarbeitung antikapitalistischer Literatur vorbei.